

Bernhard Peters – FWG

Haushaltsrede 2020

Heinz Friedriszik

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Unser Vortrag bezieht sich vor allem auf den Haushalt der Stadt Neuenrade, ist aber auch eine Generalabrechnung mit der Mehrheitspartei CDU und ihrem Bürgermeister Herrn Wiesemann.

Vorab möchten wir noch darauf hinweisen, dass wir in Zukunft keine Tischvorlagen mehr akzeptieren, da die CDU immer mindestens Tag Vorsprung hat.

Finanziell befindet sich die Stadt Neuenrade auf einem schmalen Grat. Die Personalaufwendungen steigen von Anfang 2019 von 5.849.000 € bis Ende 2020 auf 6.430.000 €. In Zahlen ausgedrückt um satte 581.000 € oder um 9,9%. Im gleichen Zeitraum steigen die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 3.270.000 € auf 3.639.000 €, schon bereinigt um 258.000 € Straßenausbau Dahler Straße. In Zahlen ausgedrückt um satte 369.000 € oder um 11,3%. Das sind keine Fixkosten, obwohl uns der Kämmerer immer wieder gebetsmühlenartig vom Gegenteil überzeugen will. Die Verbraucherpreise sind im gleichen Zeitraum in 2019 um 1,4% gestiegen und die Prognose für 2020 beträgt 1,5%, also zusammen 2,9%. Fasse ich beide von mir geschilderten Kosten aus dem Ergebnisplan zusammen, ergibt dies eine Steigerung von 10,42% oder in Zahlen 950.000 €. Unter der Berücksichtigung, also Abzug der Steigerung der Verbraucherpreise, ergibt sich ein Mehraufwand von 686.000 €, die die Bürger und Bürgerinnen zusätzlich aufbringen müssen.

Nur durch die starke Wirtschaftsleistung unserer hiesigen Unternehmen und den damit verbundenen höheren Gewerbesteuereinnahmen ist es zu verdanken, dass im Ergebnisplan noch ein kleiner Ertrag von 88.000 € ausgewiesen werden kann. Nur zur Erinnerung, für die hohen Gewerbesteuereinnahmen sind überwiegend die unternehmerischen

Leistungen verantwortlich und nicht die Leistung der Verwaltung. Wenn wir nicht anfangen zu sparen, wird uns die vorauszusehende Abschwächung der Konjunktur schwer zu schaffen machen.

Wir haben in unserer Stadt genug Schwachstellen, die noch aufgebessert werden müssen. Die CDU hat es heute ja durch ihren Antrag auf den Punkt gebracht. Die Straßen in unserer Stadt sind schlecht! Was für eine neue Erkenntnis! Seit Jahren wird dies von den anderen Parteien gebetsmühlenartig angeprangert. Wie so oft hat jetzt die CDU, Jahre später, erkannt, dass Handlungsbedarf besteht. Und jetzt kam der Antrag ja auch von der richtigen Partei! Wir sind gespannt, wie lange wir auf den Antrag der CDU warten müssen, einen Kreisverkehr am Mühlendorf einzurichten.

Beim Stadtmarketing hat es ja auch einige Jahre gedauert, genauso wie jetzt bei der Einsetzung eines Quartiersmanagements, welches die FWG schon jahrelang gefordert hat.

Bundesweit ein katastrophaler Zustand des öffentlichen Verkehrs mit Bahn und Bussen, Internet im Schnecken tempo, Digitalisierung der Verwaltungen Fehlanzeige, Schulen in schlechtem Zustand, Lehrer fehlen, Polizei fehlt usw.

Alles vernachlässigt und offensichtlich der übertriebenen Sparwut an falscher Stelle zum Opfer gefallen. Genauso ist es auch in Neuenrade. Kaputte Straßen mit ständigen Staus auf der Durchgangsstraße, Kreisverkehre schlichtweg verschleppt, schlechter öffentlicher Nahverkehr, teilweise unsichere Schulwege, ein vernünftiges Radwegenetz fehlt, obwohl gerade dies als Konsequenz der Entwicklung von Elektrofahrrädern und E-Scootern dringend erforderlich wäre.

Dafür aber unnötigerweise Tempo 30 im Schöntaler Weg eingerichtet, nützlich lediglich zum Abkassieren der Autofahrer. Schnelle Internetanbindung jahrelang verschlafen. Ärzte fehlen – auch jahrelang nichts getan, obwohl das Problem bekannt war.

Jetzt mal schnell ein MVZ, das seinem Namen nicht einmal im Entferntesten gerecht wird gegründet. Für die Jugendlichen fast nichts auf die Beine gestellt. Das ist einfach ein für die CDU und dessen Bürgermeister beschämendes Ergebnis langjähriger Regierungsarbeit in Neuenrade.

Leider bleibt die CDU und der Bürgermeister auf diesem für die Bürger desaströsen Kurs. Es wäre für die Bürger an der Zeit diesem Treiben mit ihrem Stimmzettel in diesem Jahr eine Abfuhr zu erteilen.

Dennoch, den Mitarbeitern in der Verwaltung danken wir für Ihre gute und umsichtige Arbeit, die sie entsprechend den Vorgaben durch ihre Vorgesetzten durchführen.

Neuenrade ist eine Stadt mit Potential, das es zu nutzen gilt. Den größten Beitrag leisten die zahlreichen Menschen, die unsere Stadt lebens- und liebenswert machen. Es sind die zahlreichen Macher, Helfer und Unterstützer aus unseren Vereinen und ortsansässigen Firmen und Organisationen. Für den Bürgerpreis und einige andere Preise, wie Heimat- und Umweltpreis gibt es jeweils viele Nominierung aus dem großen Kreis an engagierten Menschen.

Sie Herr Bürgermeister Wiesemann freuen sich, dass die Stadt Neuenrade seine Bevölkerungszahl halten kann. Sie werten dies offensichtlich in Ihrer „Videobotschaft fürs Volk“ anlässlich Ihrer erneuten Kandidatur als persönlichen Erfolg. Wir finden das ist irgendwie seltsam. Wir hingegen freuen uns über die zahlreichen Neuenrader Unternehmer, die hier in Neuenrade ihr erwirtschaftetes Geld in attraktiven neuen Wohnraum investieren. Natürlich bringen diese barrierefreien Wohnungen und Häuser auch zusätzliche Menschen nach Neuenrade. Hier fehlt jetzt als ergänzende Maßnahme durch die Stadt ein barrierefreies Umfeld. Aber das ist Ihnen und der CDU wohl eher weniger wichtig. Mit dem Begriff Inklusion und vor allem seinem Inhalt tun sie sich offensichtlich schwer.

Stichwort bezahlbarer Wohnraum für junge Familien. Es wäre Ihre Aufgabe, ergänzend zum freien Wohnungsmarkt, auf geförderten, preiswerten Wohnraum hinzuarbeiten. Beispielsweise durch Überzeugen der WOGG, an der die Stadt Neuenrade auch beteiligt ist, in Neuenrade in den sozialen Wohnungsbau zu investieren, damit auch manch junge Familie mit mehreren Kindern und geringerem Einkommen hier bei uns wohnen können. Gerade junge Menschen wandern im Vergleich zu umliegenden Städten nach wie vor verstärkt aus Neuenrade ab, auch weil es für sie zu wenig bezahlbaren Wohnungen mit Kinderzimmern gibt. Da gilt es an der Stellschraube „bezahlbarer Wohnraum“ zu drehen,

um dies zu vermeiden. Eine Stadt kann dann seine Einwohnerzahl halten oder ausbauen, wenn sie geeigneten Wohnraum, gute Arbeitsplätze und ein attraktives Umfeld bietet.

Neuenrade hat viele gut funktionierende Vereine mit zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeitern, die dort einen guten Job machen. Sie binden die Menschen mit ein und bieten damit ein Freizeitangebot in dieser Stadt für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren. Sie machen vieles in einer Kleinstadt wie Neuenrade möglich, das es sonst nicht geben würde. Aber diese Vereine darf man nicht überfordern und zu Dingen nötigen, die sie sonst nicht machen würden. Diesen engagierten Menschen gilt unser Dank für Ihre Leistungen.

Entsprechend überrumpelt fühlen wir uns mit der Entscheidung, das bisher vorwiegend professionell organisierte Gertrüdchen den Ehrenamtlichen aus den Vereinen aufzubürden. Damit sollen sich die Vereine, die für Sie notwendigen finanziellen Mittel für den Betrieb ihrer Vereine selbst verdienen. Die einzelnen Ehrenamtlichen arbeiten praktisch unentgeltlich beim Auf- und Abbau und auch im Thekendienst.

Am Ende sollen voraussichtlich anfallende Gewinne aus dem Bereich Getränkeverkauf auf die Vereine aufgeteilt werden. Wir denken das ist hochgradig unfair, diese zusätzliche Arbeit und auch das finanzielle Risiko, den Vereinen aufzulasten. Dies obwohl sich die professionelle Bewirtschaftung der Theken durchaus bewährt hat. Um Risiken aufzufangen, sollen 29.000 € in diesem Jahr, und in den folgenden Jahren jeweils 12.000€ in den städtischen Haushalt als freiwillige Leistungen eingepreist werden.

Hier will sich unser Bürgermeister einen Freifahrtschein ausstellen lassen.

40 Jahre war dies nicht nötig. Somit wurden also über 500.000 € gespart.

Ein wirklich neues Konzept liegt nicht vor und die marginalen Änderungen könnten auch so finanziell gestemmt werden. Ein Bedarfsplan, d.h. eine Auflistung, wofür das Geld benötigt wird, liegt ebenfalls nicht vor. Dies ist ein Gießkannenprinzip, dem wir nicht zustimmen können.

Den bisherigen gastronomischen Betrieben wurde lapidar mitgeteilt, dass sie nicht mehr berücksichtigt werden und sämtliche gastronomischen Betriebe vom Gertrüdchen auf dem Platz ausgeschlossen sind. Das heißt, es wurde vorher kein Gespräch gesucht, um einen Konsens zu finden. Die Neuenrader Schützengesellschaft und der Bürgermeister haben diese Regelung allein für sich beschlossen und dies mir als Mitbetreiber der Passage

lapidar mitgeteilt. In diesem Gespräch, anwesend waren der Bürgermeister, Herr Buntenbach, Frau Simons, Herr Sip, Herr Troilo und meine Person. Herr Troilo, seit heute ja Ratsmitglied, herzlich willkommen, sprach mich an und sagte zu mir: „Du hast ja wohl genug Kohle in der Passage gemacht, jetzt sind mal andere dran.“

Nach dieser Äußerung muss man sich natürlich die Frage stellen, was ist eigentlich das wirkliche Motiv gewesen, eine gut funktionierende Bewirtschaftung der Passage nun der Schützengesellschaft in die Hand zu geben. Erst im Nachhinein haben die Schützengesellschaft und der Bürgermeister gemerkt, dass sie es allein wohl nicht schaffen werden und uns die Bewirtschaftung für 2019 noch einmal zugestanden. Erst danach wurden neben der Schützengesellschaft auch die anderen Vereine mit einbezogen. So war das eigentlich nicht geplant.

Ein Freund der Gastronomie ist die Verwaltung und die beherrschende Partei beileibe nicht. Jetzt von Gertrüdchen ausgeschlossen und der sogenannten „Gelegenheitsgastronomie“ zugeschustert, bringen sie das Gastgewerbe immer mehr in Bedrängnis. Das Gastgewerbe stellt das ganze Jahr über die Infrastruktur, um den eigenen Ort attraktiv für auswärtige Gäste und die eigenen Bürger zu gestalten. Hierbei fallen immense Kosten an, die in umsatzschwachen Monaten nicht eingespielt werden können. Zusatzumsätze, die insbesondere bei Veranstaltungen und Feiern generiert werden, helfen enorm dabei, den Betrieb über das ganze Jahr aufrecht zu erhalten.

Damit die Bäume in der hiesigen Gastronomie nicht in den Himmel wachsen, gibt es dann ja noch den mit Steuergeldern finanzierten Kulturschuppen, damit die Wirte bloß nicht zu viele Feiern haben, um ihre Steuern und Sozialversicherungsabgaben bezahlen zu können, die übrigens auch bei Volksfesten bezahlt werden müssen. Das mit solchen Zusatzumsätzen auch Arbeitsplätze gesichert werden ist den Verantwortlichen entgangen. Wenn dann wieder einem Gasthof die Schließung droht, ist das Gejammer in der Politik und der Bevölkerung groß und man wundert sich, wie es soweit kommen konnte.

Im Jahr 2004 gab es in Neuenrade Stadt 23 gastronomische Betriebe. Heute sind es noch gerademal 9. Das ist ein Rückgang um 61 %. Deutschlandweit beträgt der Rückgang 37%. Das kann dem städtischen Kaisergarten nicht passieren, obwohl die Wertschätzung

zumindest was den Wert der Beteiligung an der Kaisergarten GmbH angeht, eher als gering einzustufen ist. Immerhin ist der Wert in der städtischen Bilanz an der Beteiligung noch 1 € groß. Sie haben richtig gehört, eigentlich ist die Kaisergarten GmbH wirtschaftlich nichts wert. So konsequent ist man bei den Stadtwerken nicht. Wird doch die Beteiligung an der Kaisergarten GmbH in Höhe von 950.000 € in voller Höhe bilanziert, obwohl auch diese nichts mehr wert ist. Das heißt die Stadtwerke erhalten ihr Geld nie wieder, zumindest in dieser Generation nicht.

Deswegen hat sich unser Kämmerer richtig gekümmert, die Instandhaltung des bereits nach 15 Jahren kaputten Daches in Höhe von ca. 400.000 € nicht als Betriebsausgaben ausweisen zu müssen. Die Argumentation war, das Dach ist ja jetzt viel hochwertiger und mehr wert und die Instandhaltung wurde aktiviert. Somit hat der Kaisergarten zumindest buchhalterisch zwei Dächer.

Die von der Verwaltung angestrebte fortschreitende Übertragung von Aufgaben der Privatwirtschaft auf die Stadt oder Ehrenamtliche erscheint uns langfristig sehr bedenklich und wenig erfolgversprechend.

2011 lehnte die CDU den Antrag der FWG zur professionellen Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes ab. Sie erkannte zwar die Notwendigkeit, die Stadtentwicklung voran zu bringen an und übertrug die Stadtentwicklung dem Bau- und Planungsausschuss. Das Ergebnis kennen wir, 8 Jahre Stillstand in der Stadtentwicklung. Dafür jetzt die späte Einsicht, ein Quartiersmanager wird gebraucht. Inzwischen schon vor vier Jahren von unserem Bürgermeister angekündigt. Auch schon jahrelang von der FWG gefordert aber sie wissen ja, falsche Partei.

In Neuenrade geht es den meisten Unternehmen gut. Sie sind innovativ und stark, teilweise sogar Weltmarktführer. Durch Innovationen in der Fertigungstechnik und erhöhte Automatisierungsgrade steigt die Produktivität. Parallel zu dieser Entwicklung werden bei erhöhter Produktionsleistung weniger Arbeitskräfte gebraucht, aber mehr Fläche für die automatisierten Fertigungszellen. Damit die Neuenrader auch künftig attraktive Arbeitsplätze vorfinden und deren Kinder nicht wegen des vorherrschenden Arbeitsplatzmangels abwandern müssen ist es unerlässlich, dass sich die Stadtverwaltung, verbunden mit dem Stadtmarketing, intensiv um neue Betriebe für Neuenrade bemüht. Sich damit abzufinden und in der Videobotschaft des Bürgermeisters

auch noch darüber zu prahlen, dass Neuenrade eine schöne Wohnstadt ist, reicht nicht. Wer hier wohnt sollte möglichst auch hier arbeiten können. Zumindest ist ein ausgeglichenes Verhältnis von aus- und einpendelnden Arbeitskräften anzustreben. Sich mit der derzeitigen Situation abzufinden ist ein sträfliches Versäumnis und holt uns auch am Ende mit fehlenden Einnahmen aus Gewerbesteuern ein. Wohlhabende Städte haben in der Regel eine solide, innovative und wachsende Industrie.

Wie bereits zuvor erwähnt braucht eine prosperierende Stadt Attraktivität und eine gute Infrastruktur. Dazu gehören gute Kindergärten und Schulen. Ja das haben wir im Großen und Ganzen. Gute Freizeitangebote und ein schönes Naherholungsgebiet mit Plätzen an denen man gerne verweilt. Hier sieht´s leider schon nicht mehr so gut aus. Statt das Sie von der CDU und Sie Herr Bürgermeister unser Naherholungsgebiet Kohlberg mit seinem Wald schützen und bewahren, finden Sie es scheinbar richtig, den Kohlberg im wahrsten Sinne des Wortes an die Windkraftindustrie zu verscherbeln. Die betreibt nun erst mal kräftigen Raubbau an unserem schönen Wald. Es wird kräftig abgeholzt, es werden riesige Betonfundamente gegossen, auch im Bereich der Springerquelle, aus der ein Teil der Neuenrader ihr Wasser beziehen. Anschließend werden 6 Stück lärmende, Infraschall und Vibrationen in den Boden eintragende und stets optisch Unruhe verbreitende ca. 230m hohe Windräder sich über den Dächern von Neuenrade drehen. Alles nur damit die Stadt etwas Geld dafür kassieren kann. Ihre Zusammenarbeit mit dem Entwickler erfolgte mutmaßlich weitgehend hinter verschlossenen Türen, damit der Neuenrader Bürger von der „Sauerei“ nicht so viel mitbekommen sollte.

Die CDU nimmt sich das Recht heraus, im Rahmen der repräsentativen Demokratie, wie es Herr Wingen formuliert hat, zu entscheiden und der Bürger soll diese Entscheidungen dann möglichst kommentarlos hinnehmen. Sie halten den Bürger wohl nicht für fähig, zwischen mehreren Optionen selbst zu wählen? Wenn wir Sie Herr Wingen richtig verstanden haben, heißt das am Ende, der Bürger hätte die CDU ja nicht wählen brauchen. Natürlich haben Sie im Kern Recht, deswegen ist es an der Zeit der CDU für die an den Tag gelegte Arroganz die Quittung zu präsentieren. Am besten geht dies, indem man ihr weniger Stimmen bei der nächsten Wahl gibt und ihr damit die absolute Mehrheit nimmt. Erst damit ermöglicht der Bürger wieder eine vernünftiger, ausgewogenere und breitere Diskussion, auch unter Einbeziehung der betroffenen Menschen. Sie von der CDU und Sie Herr Bürgermeister Wiesemann sprechen bei fast

jeder Gelegenheit von unserem schönen Städtchen. So richtig schützenswert finden Sie es aber wohl nicht. Der Spruch erscheint uns deswegen eher wie eine leere Worthülse. Statt der Windräder hätten Sie auch die Förderung von mehr Solarenergie auf den Dächern von Neuenrade fördern können. Die machen keinen Lärm, zerstören unseren Wald nicht, verbrauchen keine zusätzlichen Flächen und die Ersparnisse kommen direkt den Haushalten der Bürger zugute. Außerdem wäre das eine umfassendere Lösung, die die Umwelt im weitesten Sinne, unser unmittelbares Wohngebiet mit seiner schönen Natur im Nahbereich und auch die Belange der Bürger schützt. In der unmittelbaren Nähe von Windrädern zu wohnen kann der Gesundheit schaden und wertet nach Aussage vieler Experten die Immobilien ab. Kurz gesagt das Fazit zu den Windrädern ist; die Stadt kassiert und der Bürger verliert.

Nicht umsonst sind die Bürger aus Affeln bei der CDU sturm gelaufen und wollten Sie dort nicht haben. Deswegen wurde die Vorrangzone in unseren schönen Wald auf dem Kohlberg verlegt. Ein Frevel, wie wir finden. Richtig wäre in Neuenrade auf so große Windräder gänzlich zu verzichten.

Stattdessen nehmen Sie hin, dass die Planer in Ihren Gutachten die Schönheit des Kohlberges als eher minderwertig beschreiben. Das scheint für Sie völlig in Ordnung zu sein, Hauptsache es ist gelungen unser schönes Umfeld für den Bau von riesigen Windrädern zu verscherbeln, zum Schaden von Mensch und Natur!

Graf Engelbert III. von der Mark hat im Jahre 1368 den Kohlberg und Giebel an die Stadt Neuenrade mit der Auflage immer sorgsam und achtsam damit umzugehen, verkauft. Diejenigen, die den Bau der Windräder auf dem Kohlberg eingefädelt haben, sind schlicht die Verräter des Erbes ihrer Väter.

LED Straßenbeleuchtung zur Einsparung von Strom, andere Städte haben bereits alle herkömmlichen Leuchtmittel ausgetauscht. Neuenrade hinkt auch hier wieder einmal hinterher. Es ist Zeit, dass auch Neuenrade nachzieht zugunsten der Umwelt und auch um der Stadtkasse Geld einzusparen. Wir haben dies nochmals explizit in der Haushaltsberatung gefordert. Was ist der CDU Bürgermeister scheint wieder fest auf der Bremse zu stehen.

Für wie nebensächlich Sie als CDU-Bürgermeister unseren Naherholungsraum halten haben Sie auch gezeigt, als wir eine Verlegung einer durch Geldmittel der Steuerzahler errichteten Aussichtsplattform auf dem Kohlberg angeregt haben. Die Plattform steht jetzt

mitten in einer Tannenbaumplantage und bietet keine Sicht mehr auf Neuenrade. Sie ist dort völlig nutzlos. Sie hat 6 Auflagerpunkte und könnte also vergleichsweise leicht abgebaut werden. Die beiden Teile, Plattform und Treppe, könnten auf einen kleinen LKW geladen und zu einem neuen Standort gebracht werden. Dort wiederaufgebaut, würde sie ihren angedachten Zweck zur Freude der Bürger wieder erfüllen. Stattdessen witzelten Sie in der damaligen Sitzung darüber und meinten, man hätte eben eine mitwachsende Plattform bauen sollen. Wir finden das nicht witzig, sondern eine beschämende und respektlose Einstellung gegenüber den Steuerzahlern bzw. Bürgern dieser Stadt, die die Aussichtsplattform bezahlt haben.

Würde Ihnen unsere Stadt mehr am Herzen liegen, würden Sie zügig für einen flüssigen Verkehr durch die Stadt sorgen. Seit mehr als 50 Jahren versprechen Sie immer wieder die Umgehungsstraße die Sie, die CDU vor Jahren durch unnötige Diskussionen verhindert haben. Jetzt durch Mithilfe von Herrn Marco Voge, CDU sollten unumkehrbare Schritte zum Bau der Umgehungsstraße eingeleitet werden. Große Töne in der Presse, aber wieder nur heiße Luft.

Stattdessen halten Sie unseren Vorschlag, den Verkehr nun erst einmal durch Kreisverkehre flüssiger zu gestalten für kontraproduktiv. Das heißt Kreisverkehre - es tut sich praktisch nichts! Lassen Sie doch erst einmal die Kreisverkehre bauen, statt ständig auf der Bremse zu stehen. Sollte die Umgehungsstraße doch vielleicht in 20-30 Jahren gebaut werden, lassen sich aus den Kreiseln schöne Plätze zum Verweilen machen. Andere Städte haben dies vorgemacht.

Sie sprechen oft von Geldern, die sie im investiven Bereich einsetzen. In Wirklichkeit dienen diese Gelder eher dem Erhalt von Immobilien bzw. werden genutzt, um diese auf einem einigermaßen aktuellen Stand zu halten.

Dies gilt auch für Schulen und andere öffentliche Einrichtungen. Ein Ersatzbau für das alte, wenig, attraktive und nicht mehr zeitgemäße Hallenbad im Kern der Stadt wäre dringend erforderlich. Leider ist dies ja nun mit dem Hinweis, andere Städte haben schöne Hallenbäder, die auch der Neuenrader Bürger nutzen könnte, von der CDU und der Verwaltung verhindert worden.

„Die Jugend ist unsere Zukunft“ hören wir immer wieder aus dem Munde des CDU-Bürgermeisters. Stimmt auch! Aber was bedeutet ein solches Lippenbekenntnis zugunsten der jungen Menschen, wenn es nicht durch Taten untermauert wird.

Das von der Stadt betriebene Jugendzentrum zeigt was wirklich läuft. Nachdem der Bürgermeister sich von der langjährigen, erfolgreichen Mitarbeiterin Frau Gabi Bildstein-Ulianowski getrennt hat, gaben sich die Jugendarbeiter und -arbeiterinnen bis vor einem Jahr, ständig beim Personalwechsel die Klinke in die Hand. Ruhe und damit eine beständige erfolgreiche Arbeit ist unter diesen Umständen bis heute nicht möglich. Viele Jugendliche finden das dortige Angebot wenig bis gar nicht attraktiv und gehen dort deswegen nicht hin. Das dem Bürger als erfolgreiche Jugendarbeit verkaufen zu wollen ist schon bemerkenswert.

Wir haben inzwischen ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ). Extrem laienhaft angegangen und völlig unzugänglich aufgestellt. Ein MVZ wäre eigentlich ein Grund zur Freude, wenn es gut gemacht wäre. Stattdessen haben wir eine kleine Praxis mit zwei Ärzten die kurz vor der Rente stehen. Ein Gebäude, das keinen barrierefreien Zugang zur Praxis hat und auch keine Parkplätze. Auf Druck der FWG bezüglich der Barrierefreiheit und der Dauer des Mietverhältnisses, hat man nun zumindest einen Praxisraum im Erdgeschoss eingerichtet und im Mietvertrag wurde eine Kündigungsklausel eingesetzt. Der Haushaltsplan für das MVZ sieht für die nächsten Jahre kein Wachstum vor, sondern nur eine Verwaltung des jetzigen Standes. Also perspektivlos. Immerhin zeigt sich, dass die Ausübung von Druck über die Öffentlichkeit die CDU bewegen kann, zwar schleppend aber es geht.

2017 haben wir einen Antrag für eine Werbeaktion für Ärzte gestellt. Bis heute hält die CDU das offensichtlich für überflüssig. Wir denken dass dies nach wie vor dringend nötig ist, um das MVZ personell weiter entwickeln zu können.

Im letzten Jahr haben wir den Antrag an den Rat gestellt, die Forderung von Straßenausbaubeiträgen für Anlieger und indirekt auch für die Mieter vorerst bis zur endgültigen Entscheidung in Düsseldorf auszusetzen. Das wurde von der CDU abgelehnt, die immer sofort dabei ist, wenn es um das Abkassieren der Bürger geht. Wir finden, wie auch der Bund der Steuerzahler, über die KFZ- und Mineralölsteuer bezahlt der Bürger bereits so viel Geld, dass das Land durchaus in der Lage wäre, die öffentlichen Straßen

komplett zu bezahlen. Abgesehen davon, dass ja alle Bürger diese Straßen benutzen. Würden die KFZ-Steuer und die Mineralölsteuer nicht zum Teil zweckentfremdet, würden die Anliegerbeiträge gar nicht gebraucht. Schade, dass sich die CDU wieder einmal gegen unseren Antrag und damit gegen die Bürger in Neuenrade gestellt hat. Sie will diese weiter abkassieren. Ansonsten ist es auch nicht zu verstehen, warum die CDU und ihr Bürgermeister sich nicht an der entsprechenden Petition beteiligt haben.

Auch in diesem Jahr haben die Stadtwerke dank der kalkulatorischen Kosten und insbesondere durch die kalkulatorischen Zinsen einen Überschuss erwirtschaftet. Die kalkulatorischen Zinsen betragen nur beim Schmutzwasser 502.100 €. Tatsächlich werden 900 € aufgewendet. Nach Berücksichtigung der tatsächlich anfallenden Zinsen verbleiben noch 501.200 € an kalkulatorischen Zinsen. Umgerechnet nur auf das Schmutzwasser sind dies 90 Cent pro cbm, denen keine realen Kosten gegenüberstehen. Nur zur Erinnerung, sämtliche Neuanschaffungen und Instandhaltungen werden sowieso auf den Bürger umgelegt, so dass die kalkulatorischen Zinsen regelmäßig als Teil des Gewinnes übrigbleiben. Wir sind der Meinung, dass zu viel gezahlte Gebühren den Gebührenzahlern wieder erstattet werden müssen. Neuenrade ist eine der wenigen Städte der ganzen Republik, die ohne Not in den Höchstsatz von 5,5 % anwenden.

Im Jahr 2018 betrug das Eigenkapital der Stadtwerke bereits 61,3 %.

Inzwischen ist es, wie wir es bereits befürchtet hatten, zur regelmäßigen Übung geworden 180.000 € dem allgemeinen Haushalt zuzuführen. Dies mag die Mehrheitsfraktion und der Kämmerer für rechtlich unbedenklich halten, richtig finden wir es deswegen aber noch nicht und werden diese Vorgehensweise überprüfen. Wir sind der Meinung, solche Überschüsse sollten zur Senkung der Gebühren verwendet werden und damit dem Gebührenzahler zurückgegeben werden. Dies trifft insbesondere auf die aus unserer Sicht zu viel gezahlten Wasser- und Abwassergebühren zu. Wir sind der Meinung, dass es nun wirklich an der Zeit ist, die Gebühren für Wasser und Abwasser entsprechend durch Minderung der kalkulatorischen Zinsen zu senken. Jedes Jahr wird dies von der CDU und der Verwaltung abgelehnt, als handelt es sich hier um eine heilige Kuh. Wir finden, das ist höchst ungerecht dem Gebührenzahler gegenüber.

Dieser Haushalt ist, was die Zahlen betrifft, aus unserer Sicht nicht akzeptabel und beinhaltet keinerlei Zukunftsperspektiven. Leider wurde auf unsere Vorstellungen in keiner Weise eingegangen. Auch fehlen die Investitionen, um die Attraktivität der Stadt zu

steigern und sie zukunftsfähig zu machen. Keine Mittel zur Planung eines neuen Hallenbades, die Kreisverkehre verbleiben auf der langen Bank, kein Geld für ein sicheres Fahrradnetz, Verbesserung des Umfeldes, Werbung für Ärzte, LED-Straßenbeleuchtung und vieles mehr – schlicht Fehlanzeige.

Wir empfehlen deswegen dem vorgelegten Haushaltsplan nicht zuzustimmen.

Wir danken den Mitarbeitern der Verwaltung für ihr Engagement im vergangenen Jahr und auch für die Erstellung des Haushaltsplanes.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Heinz Friedriszik

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Freie Wählergemeinschaft Neuenrade e.V.